

Diesen entschiedenen, ablehnenden Standpunkt vertrat auch der Delegierte Mett, der die Arbeiterschaft davor warnt, sich „zu einer Tat verleiten zu lassen, die nicht nur dem deutschösterreichischen Proletariat, sondern dem Proletariat der ganzen Welt zum Nachteil geraten müßte. Denn das verfehlte Experiment, das uns trifft, wirft seinen Schatten auf die ganze internationale Proletarierbewegung, diskreditiert diese Bewegung und hebt sie aus den Angeln zugunsten einer Reaktion“.

Die Kommunisten vermögen eben die Begrenzung der proletarischen Kraft nicht zu sehen und fordern Dinge, die das deutschösterreichische Proletariat mit dem Opfer seiner Vernichtung erfüllen müßte. Ihre auswärtige Politik, führte Friedrich Adler in seinem Schlußwort aus,

„scheint einem prinzipiellen Gebrechen zu unterliegen. Wenn wir vom Anschluß an Deutschland reden, den wir Sozialdemokraten wünschen, so wird uns gesagt, ja dort wollen wir uns anschließen, wo der Scheidemann ist... Genossen, ich möchte eine wirklich prinzipielle Frage klarstellen versuchen. Ich möchte Ihnen sagen, daß es sich bei der Frage der Grundbildung staatlicher Grenzen in irgendeiner Form in erster Linie nicht um die Verfassung, sondern um die Kulturzusammenhänge handeln muß, daß in erster Linie die Kulturzusammenhänge primärer sind, als die Verfassungsfragen, weil die Kulturgemeinschaft gewisser Volksteile eine viel dauerndere Erscheinung ist als Verfassungen und gar als einzelne Regierungen, die in gewissen Staaten herrschen... Es gibt einen Unterschied zwischen gewissen Kulturbedingungen und Kulturgemeinschaften allgemeiner Art gegenüber dem historisch Wechselnden der Verfassung. Und was ich Ihnen aufrichtig sage: ich hätte mich auch nicht geschämt, einen Anschluß an Deutschland, solange der Wilhelm II. dort an der Spitze gewesen ist, für Deutschösterreich zu vollziehen, weil ich die Hoffnung fest habe und sie wirklich habe, daß kein Wilhelm II., kein Scheidemann und kein Noske, daß niemand uns hindern wird, aus diesem Deutschland ein sozialistisches Deutschland zu machen. Und deshalb, Genossen, ist diese Politik, die Sie machen, und fortwährend machen, die auf den Moment nur hinzielt, nur vom Moment redet, von dieser ganz momentanen Konstellation, eine nach meiner Meinung absolut falsche.“

Die auf eine zufällige geschichtliche Situation und die wechselnden Bedürfnisse der beiden Sowjetrepubliken eingestellte auswärtige Politik der deutschösterreichischen Kommunisten wendete sich auf der Konferenz mit größter Heftigkeit gegen den Versuch, auch für den deutschen Westgau Ungarns das Prinzip des Selbstbestimmungsrechtes der Völker geltend zu machen, das bekanntlich die Sozialisten aller Länder für alle Völker fordern. Der kommunistische Delegierte Koritschoner erhob gegenüber den verantwortlichen Staatsmännern Deutschösterreichs den Vorwurf, daß sie systematisch Propaganda für die Annexion des ungarischen Westganges getrieben haben, obwohl es bekannt sei, daß die Proletarier Westungarns auf einer Sowjettagung erklärt haben, bei der ungarländischen Sowjetrepublik verbleiben zu wollen. Seine Anklage erhärtete er durch den Nachweis, daß unter Duldung der Regierung ein „Komitee zur Befreiung der Deutschen“ bestche, dem eine Reihe von Fürsten und Grafen angehört und das versucht haben soll, die gegenrevolutionären Bestrebungen im ungarischen Westgau zu unterstützen.

Demgegenüber stellte Genosse Otto Bauer fest:

„Koritschoner hat behauptet und diese Behauptung auch in der Resolution niedergelegt, daß Deutschösterreich gegenüber Ungarn eine Annexionspolitik betreibt. Ich verwahre mich ganz entschieden gegen diese unwahre Behauptung; die deutschösterreichische Republik betreibt keine Annexionspolitik und wird, solange ich für ihre auswärtige Politik verantwortlich bin, keine treiben, am allerwenigsten Ungarn gegenüber. In der deutsch-westungarischen Sache haben wir nichts anderes verlangt, als daß